

NATIONALRAT
Herbstsession 2019

Fragestunde vom 23. September 2019

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Bundeskanzlei

19.5482 Reimann Maximilian. Akzeptiert der Bundesrat weiterhin masslose Übertreibungen durch die bundesfinanzierte Auslandschweizer-Organisation (ASO)?

In ihrer Medienmitteilung vom 27. Juni 2019 zum Entscheid des Bundesrats über den vorläufigen Stopp zum E-Voting behauptet die ASO: E-Voting "ist die einzige Möglichkeit für unsere Mitbürger im Ausland, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen" und weiter, es sei dies "eine Verweigerung der demokratischen Rechte für die Auslandschweizer."

- Teilt der Bundesrat diese Interpretation durch die ASO?
- Falls nicht, wie gedenkt er unsere Landsleute im Ausland korrekt darüber zu informieren?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

19.5476 Merlini. Die Post: Es braucht eine Denkpause bei der Planung der Poststellenschliessungen

Der Regierungsrat des Kantons Tessin in seinem Schreiben vom 11. September 2019 seine Besorgnis in Bezug auf die Entscheide der Post betreffend die Postdienste in den Gemeinden, die sich im Schlichtungsverfahren nach Artikel 34 der Postverordnung befinden, zum Ausdruck gebracht.

- Teilt der Bundesrat diese Besorgnis?
- Anerkennt der Bundesrat im Besonderen, dass die Post auf jeden Fall darauf verzichten sollte, die Schliessung von Poststellen zu erwägen oder zu planen, wenigstens bis die Anpassung der Rechtsgrundlagen in Umsetzung der Standesinitiative 17.314 des Kantons Jura erfolgt ist?

19.5477 Grin. Einführung von Tempo 30 in den Städten alarmiert die Rettungsdienste! Via sicura: Ausnahme für Polizei, Feuerwehr, Sanität und Ärzte einführen

Die Rettungsdienste verschiedener Städte sind beunruhigt über das Projekt, das Tempo in der Nacht auf bestimmten Strassenabschnitten auf 30 Stundenkilometern zu reduzieren. Eine Verlängerung der Interventionszeit kann dramatische Folgen haben, denn bei Einsätzen von Rettungskräften zählt jede Minute. Gemäss dem Programm Via sicura riskieren Personen, die mit 70 Stundenkilometern auf einer Strecke mit Tempolimit 30 fahren, einen Führerausweisentzug für zwei Jahre und eine Gefängnisstrafe. Ist eine Ausnahmeregelung für Blaulichtfahrzeuge vorgesehen?

19.5480 Seiler Graf. Foodwaste im Flugzeug

Nach einem Flug werden die übrig gebliebenen Lebensmittel fortgeworfen und verbrannt. Der Grund dafür sind strenge Seuchenschutzgesetze.

- Gibt es statistische Angaben über die Menge der entsorgten Lebensmittel?
- Sieht der Bund Möglichkeiten, dass mehr Materialien rezykliert und Lebensmittel wieder verwendet werden könnten?

19.5489 Müri. Gut funktionierende, privatwirtschaftliche und freiwillige Schweizer Recycling-Systeme

Angesichts der allgemeinen Diskussionen über die zunehmende Abfallproblematik stellt sich die Frage, inwiefern sich das gut funktionierende, privatwirtschaftliche und freiwillige Schweizer Recycling-System, wie wir es insbesondere bei den Verpackungen im Getränke- und Lebensmittelbereich kennen, noch verbessern und ausweiten liesse.

19.5495 Merlini. Rasche Verbindung der A2 und der A13 im Locarnese - keine weiteren Verzögerungen

Gestern trafen sich der Direktor des ASTRA J. Röthlisberger und der Regierungsrat Claudio Zali in Bern zu einer Besprechung. Es ging dabei um die vom Bund gestartete Ausschreibung für die Wiederaufnahme, Überprüfung und Anpassung des generellen Projekts (im Umfang von 1,5 Mia. Franken), das im Tessin geplant wurde. Die Ausschreibung hatte die Tessiner Regierung irritiert; sie ist besorgt, dass die Ausschreibung zu weiteren Verzögerungen führen könnte. Kann der Bundesrat bestätigen, dass die Ausschreibung nach dem üblichen Verfahren erfolgt und nicht zu weiteren Verzögerungen führen wird?

19.5499 Romano. Freigabe von Autobahnfahrspuren für Zweiräder und Autos, in denen mehr als eine Person sitzt? Besteht die Bereitschaft für einen Test auf den Nationalstrassen?

Auf einigen Nationalstrassenabschnitten sind Tests am Laufen oder geplant, bei denen der Pannestreifen während der Stosszeiten dynamisch (2+1) genutzt wird, um den Verkehr zu verflüssigen. Die ersten Rückmeldungen sind positiv. Ist der Bundesrat bereit, eine beschränkte Nutzung des Pannestreifens zu prüfen, d.h. die Einführung eines Vortritts für Autos, in denen mindestens zwei Personen sitzen, sowie für Motorrädern und Roller? Die Massnahme würde vermehrt zur Bildung von Fahrgemeinschaften führen und wäre ein Beitrag zur einer nachhaltigen Mobilität.

19.5502 Regazzi. A2-A13: Was gedenkt das ASTRA bis zur Realisierung der raschen Verbindung im Locarnese zu unternehmen, um den Verkehr zu beschleunigen?

Ab dem 1. Januar 2020 ist der Abschnitt zwischen Locarno und Bellinzona Eigentum des Bundes. Gegenwärtig wird das vom Kanton Tessin erarbeitete Projekt geprüft, doch wird es bis zu seiner Umsetzung auf jeden Fall noch mehrere Jahre dauern. Da das Verkehrsaufkommen auf diesem Abschnitt sehr hoch ist und die Tessiner Bevölkerung ein Projekt mit Ampeln mit einer deutlichen Mehrheit verworfen hat, frage ich den Bundesrat. Welche Massnahmen gedenkt das ASTRA zu ergreifen, um die Situation zu verbessern?

19.5522 von Siebenthal. Revision Umweltschutzgesetz

Neophytenjagd auf Kosten der Waldeigentümer
 - Wie begründet der Bundesrat die Verhältnismässigkeit der Bekämpfungs- und Unterhaltungspflicht für Waldeigentümer?
 - Inwiefern sind Bekämpfungs- und Unterhaltungspflicht mit dem Verursacherprinzip vereinbar?

19.5525 Bertschy. Wer trägt die Kosten für die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor dem gesundheitsschädigenden Chlorothalonil?

Grund- und Trinkwasser sind in weiten Teilen der Schweiz durch Chlorothalonil und andere Pestizide verschmutzt. Solch gesundheitsschädigende Stoffe werden primär in der Landwirtschaft eingesetzt und dürften noch jahrzehntelang im Grundwasser bleiben. Der Bund schlug den Wasserversorgern Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor.

Wer wird die Kosten tragen:

- Die Hersteller, deren Produkte das Wasser vergiften,
- der Bund, der sie zulässt,
- der Bauer, der sie anwendet oder
- die Steuerzahlenden?

19.5531 Vogler. Wie viele Mittel sind nötig, um das Problem des Insektensterbens zu lösen?

In Beantwortung meiner Interpellation 17.4162 schreibt der Bundesrat, er habe zur langfristigen Erhaltung der Insekten, für dringliche Sanierungen und Aufwertungsmassnahmen in Feuchtgebieten und nährstoffarmen Standorten zusätzliche Mittel gesprochen. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft oder der Raumplanung seien aber zusätzliche Mittel nötig.

- Wie viele zusätzliche Mittel sind nicht nur für den Schutz, sondern auch für die Förderung der Insekten notwendig?
- Wann stehen diese Mittel zur Verfügung?

19.5533 Bregy. Lötschberg-Basistunnel. Wie lange dauert die Schliessung?

Rund 50 Personen- sowie 60 Güterzüge durchqueren täglich den Lötschberg-Basistunnel und transportieren dabei mehr als 13 000 Personen. Während dem geplanten bahntechnischen Vollausbau droht nun offensichtlich eine längere komplette Schliessung des Basistunnels.

- Wie lange dauert diese Schliessung?
- Wie werden die Personen und Güter während dieser Zeit transportiert?
- Welche Massnahmen sind zur Abfederung der Engpässe geplant?

19.5535 Moser. Fehlende Ausscheidung der Zuströmbereiche im Grundwasserschutz

Der Bundesrat schreibt auf die Frage 19.5419: "Das Ausscheiden der Zuströmbereiche wird jedoch nur von rund der Hälfte der Kantone angewandt, weil es aus Sicht vieler Kantone einen sehr grossen Aufwand darstellt."

- Welche Kantone scheiden Zuströmbereiche aus?
- Welche konkreten Massnahmen hat der Bund - der ja die Oberaufsicht über den Vollzug des Gewässerschutzrechts hat - in den vergangenen Jahren ergriffen, um alle übrigen Kantone zur Ausscheidung von Zuströmbereichen zu bewegen?

19.5545 Guhl. Ausbaupotenzial Wasserkraft. Durch Forschung, Innovation und gezielte Förderung Potenzial erhöhen

Der Bundesrat hat die "Studie zum Ausbaupotenzial der Wasserkraft in der Schweiz" veröffentlicht. Darin wird gegenüber 2012 ein geringeres Potenzial eingeschätzt.

- Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, das Potenzial zu erhöhen?
- Was ist durch Forschung zu erwarten?
- Welches Potenzial gibt es bei innovativen Ideen wie Strom-Bojen?
- Wie erhöht sich das Potenzial bei gezielter Erhöhung der Kleinwasserkraft?

19.5547 Guhl. Information der Bevölkerung in Katastrophenfällen über Radio. Versorgung DAB

Im Ereignisfall wird die Bevölkerung durch Sirenen oder die App "Alertswiss" alarmiert. Da die Netze im Katastrophenfall zusammenbrechen, braucht es weiterhin Radio. DAB löst UKW ab. In vielen Tunnels, Gebäuden, Tiefgaragen gibt es kein DAB-Empfang (obwohl da noch UKW Empfang war).

Wie wird sichergestellt, dass die Bevölkerung an allen Orten auch nach Abschaltung von UKW noch Radio-Empfang haben (Man darf nicht erwarten, dass alle Leute ihr DAB Radio auf UKW umstellen können)?

19.5551 Vogler. Übermässiger Motorradlärm/Auswirkungen der neuen Vorschriften der EU

Übermässiger Motorradlärm ist für die betroffene Bevölkerung ein grosses Ärgernis und beeinträchtigt deren Wohlbefinden und Gesundheit. Die Betroffenen wurden wiederholt auf die neuen Geräuschvorschriften der EU für Motorräder vertröstet. Seit dem 1. Januar 2016 gelten diese. Sie verbieten Vorrichtungen wie z.B. Klappensteuerungen oder Tongeneratoren, die absichtlich Lärm erzeugen.

Führen diese Vorschriften in der Schweiz zu einer messbaren Reduktion des Motorradlärms im Verkehr?

19.5552 Grossen Jürg. CO2-Emissionen durch Schweizer Flugverkehr

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Das Bafu bemisst die CO2-Emissionen des Schweizer Flugverkehrs mit 5,3 Millionen Tonnen pro Jahr. Sind da alle CO2-Emissionen drin oder nur die, welche durch Flugtreibstoffe verursacht werden, die in der Schweiz getankt wurde?
2. Welche jährlichen Klimagasemissionen (in Tonnen CO2-Aequivalente pro Jahr) verursacht der Flugverkehr durch die gemäss BFS-Flugstatistik jährlich rund 60 Millionen Flugpassagiere ab/in den Schweizer Flughäfen?

19.5556 Fluri. Kann die Frage der kostentragenden Verursacher nicht grundsätzlich geklärt werden?

Auf die Frage 19.5435 dazu, wer die Kosten für Sanierungsmassnahmen in Zusammenhang mit Chlorothalonil trage, verweist der Bundesrat auf das Verursacherprinzip und sagt, ob Kosten überwältzt werden könnten, müsse im konkreten Fall geprüft werden. Welche Kosten überwältzt werden können, muss zweifellos einzeln geprüft werden. Die Gründe für die hohen Werte sind jedoch überall auf die Faktoren Herstellung, Zulassung und Anwendung zurückzuführen.
Kann die Frage nicht grundsätzlich geklärt werden?

19.5560 Jans. Gefahrgutrisiko rund um den Deutschen Bahnhof in Basel endlich ernst nehmen

Könnte der Bundesrat bitte endlich in Worten, die jede Baslerin und jeder Basler versteht, erklären, warum ausgerechnet an der dichtest befahrenen Zugstrecke mit den meisten Gefahrguttransporten durch dichtest bevölkertes Stadtgebiet kein Risiko im untragbaren Bereich bestehen soll - dies im Gegensatz zur Risikoermittlung des Inhabers, der Deutschen Bahn - und er ausgerechnet dort keine baulichen Massnahmen zur Abwehr von Brand- und Gifteinwirkungen sowie von Explosionen durchsetzen will.

Departement des Innern

19.5474 Feller. Zusatzkosten für die Krankenversicherung durch die Neuregelung der psychologischen Psychotherapie im Rahmen der OKP

Die Neuregelung der psychologischen Psychotherapie im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) - die Vernehmlassung dauert noch bis zum 17. Oktober - sieht vor, dass künftig zugelassene psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihre Leistungen auf ärztliche Anordnung selbstständig erbringen können. Gemäss dem erläuternden Bericht des Bundesrates würde dieses neue Modell die von den Krankenkassen getragenen Kosten auf etwa 98 Millionen Franken ansteigen lassen. Fachleuten zufolge würde es sich sogar um mehrere hundert Millionen handeln. Ist das wirklich vertretbar?

19.5475 Feller. Delegation der Psychotherapie von Fachärztinnen und Fachärzten der Psychiatrie an psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Warum nicht das bestehende Modell verbessern?

Eine Neuregelung der psychologischen Psychotherapie im Rahmen der OKP befindet sich in der Vernehmlassung.

- Gibt es eine wissenschaftliche Studie, die zeigt, dass die Versorgung im Bereich der psychischen Gesundheit in der Schweiz momentan unzureichend oder nicht angepasst ist?
- Sollte man nicht, anstatt ein neues Delegationsmodell einzuführen, das bestehende Modell verbessern, mit einem klarer Rahmen für die Delegation der Psychotherapie von Fachärztinnen und Fachärzten für Psychiatrie an zugelassene psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, um allfällige Missbräuche zu verhindern?

19.5481 Reimann Maximilian. Forschungsprojekt des Eidgenössischen Gleichstellungsbüros (EBG) zu Frauen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen mittelgrosser Unternehmen

- Ist dieses Forschungsprojekt an die Fachhochschule St. Gallen direkt oder im Submissionsverfahren vergeben worden?
 - Welchen Betrag stellt der Bund dafür zur Verfügung?
 - Entspricht dieses Projekt effektiv einer aktuellen Notwendigkeit?
- Diverse Parlamentarier sind von der Fachhochschule St. Gallen zu einem 1 bis 1,5-stündigen Gespräch darüber angefragt worden.
- Warum fragt uns das EBG nicht direkt an?
 - Welchen Schweizer Franken-Gesamtbetrag hat das EBG in dieser Legislaturperiode für Studien und Forschungsprojekte ausgegeben?

19.5484 Steinemann. Grossfamilien in der Sozialhilfe

In den Medien ist eine Diskussion entbrannt, ob kinderreichen Haushalten tatsächlich jede Zusatzleistung bezahlt werden soll oder ob, wie teilweise im Ausland, ein Plafond gelten soll. Die Gemeinden haben Kanton und Bund bei Ausländern die Sozialhilfedaten weiterzuleiten.

- Wie viele fürsorgeabhängige Haushalte haben mehr als 5 Mitglieder?
- Welche 5 Nationalitäten sind führend?
- Wie ist das Verhältnis vorläufig Aufgenommene, Asylbewerber und Flüchtlinge und EU-Bürger bzw. Drittstaatsangehörige?

19.5501 Regazzi. "Dampfen" kann gefährlich sein: Welche präventiven Massnahmen in Sachen E-Zigaretten sind geplant?

In den USA sind sieben Todesfälle bekannt, die auf Dampfen zurückzuführen sind. Wie in den anderen Fällen soll die Zusammensetzung der Aromen zu einer schweren Lungenschwäche und in der Folge zum Tod dieser Personen geführt haben.

Ich frage den Bundesrat:

1. Wie beurteilt er die Ursachen, die zu den Todesfällen beim Dampfen geführt haben?
2. Beabsichtigt er, den Konsum und den Verkauf von E-Zigaretten einzuschränken? Falls ja: Wie gedenkt er, dies zu tun angesichts der Tatsache, dass die Aromen vor allem bei jungen Menschen beliebt sind?
3. Beabsichtigt er, Kampagnen anzustossen, um speziell die Minderjährigen zu sensibilisieren?

19.5506 Bigler. Genügt die Anlagestrategie compenswiss angesichts der Herausforderungen an den Finanzmärkten?

Zeichen für steigende Unsicherheit auf den Finanzmärkten mehren sich. Geopolitische Friktionen, Staatsverschuldung und Handelsstreit sind einige Stichworte in diesem Zusammenhang.

Vor diesem Hintergrund: Kann der Bundesrat über die Anlagestrategie des Ausgleichsfonds AHV/IV/EO, compenswiss, Auskunft geben und bietet die Anlagestrategie Gewähr, den finanzpolitischen Herausforderungen gewachsen zu sein?

19.5507 Tuena. Bundesgerichtsurteil in Sachen Klinik Aadorf/Kanton Zürich, Rechtsgrundlage KVG

Das Bundesgericht hat im Urteil vom 29. August 2019 (Klinik Aadorf) angedeutet, dass der Kanton Zürich die ausserkantonale Klinik zwecks Bettenbeschränkung selbst mit einer Limitation auf seine eigene Spitalliste nehmen müsste. Das ist nicht praktikabel, sind doch die Spitäler nicht verpflichtet, einen eingeschränkten Leistungsauftrag anzunehmen. Ist der Bundesrat bereit, eine Rechtsgrundlage im KVG zu schaffen, die eine wirksame Kapazitätsbeschränkung ermöglicht?

19.5508 Tuena. Bundesgerichtsurteil in Sachen Klinik Aadorf/Kanton Zürich, bedarfsgerechte Spitalversorgung

Der Kanton Thurgau führt die Klinik Aadorf mit 4 Betten (von 60) auf seiner Spitalliste. Der Kanton Zürich beschränkte die Mitfinanzierung der Betten ebenfalls. Das Bundesgericht hat am 29. August 2019 entschieden, dass der Kanton Zürich unbeschränkt - d.h. weit über die 4 Plätze hinaus - Kantonsbeiträge für die Zürcher Patienten entrichten muss. Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass damit die kantonalen Spitalplanungen unterlaufen und die bedarfsgerechte Spitalversorgung erschwert werden?

19.5523 Moser. Wie lässt sich am Fall Chlorothalonil aufzeigen, dass bei der Zulassung ein Bremsweg eingebaut und das Vorsorgeprinzip eingehalten wird?

Lägen die Grenzwerte für relevante bzw. nicht relevante Metaboliten bei 0,1 bzw. 10 Pikogramm pro Liter, wäre ein Bremsweg integriert. Sie liegen aber bei 0,1 bzw. 10 Mikrogramm pro Liter, was im ersten Fall dem lebensmittelrechtlichen Grenzwert entspricht, diesen im zweiten Fall 100-mal überschreitet. Wird ein "nicht relevanter" Metabolit nachträglich als relevant eingestuft, können seine Werte im Grundwasser deutlich über dem lebensmittelrechtlichen Grenzwert liegen. Wo ist da der Bremsweg?

19.5526 Thorens Goumaz. SDHI-Fungizide - Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt: Wäre nicht das Vorsorgeprinzip anzuwenden?

In der Antwort auf meine Frage 18.5233 sagte der Bundesrat, dass er die Entwicklungen um die SDHI verfolgen werde. In Frankreich versuchen Fachleute aus der Wissenschaft die Behörden vor den Risiken dieser Fungizide für Gesundheit und Umwelt zu warnen. Offenbar verfügt man noch nicht über ausreichend Daten, um die Auswirkungen der SDHI evaluieren zu können. Erst kürzlich wurde ein kontroverses Buch zu diesem Thema veröffentlicht.

- Was meint der Bundesrat dazu?
- Sind Untersuchungen geplant?
- Müsste hier nicht das Vorsorgeprinzip angewendet werden?

19.5528 Humbel. Für eine kostenbewusstere Medikamentenversorgung. Die Verschwendung von Medikamenten muss gestoppt werden

Der Bundesrat hat mein Postulat 09.4078 "Für eine kostenbewusstere Medikamentenversorgung" entgegengenommen. Das Postulat will u.a. Generika fördern und die Medikamentenverschwendung stoppen. Abgesehen von einem Referenzpreissystem liegen keine Massnahmen vor. Pro Jahr werden in der Schweiz 4000 Tonnen Medikamente entsorgt, was einem Wert von etwa 2 Milliarden Franken entspricht.

- Wie will der Bundesrat diese Verschwendung stoppen?
- Bis wann liegt der Bericht in Erfüllung des Postulates vor?

19.5532 Gysi. Fragwürdige Kürzung der Spitextarife

Im Juli 2019 hat das EDI entschieden, die Tarife für die Kostenübernahme durch die Krankenversicherer gemäss OKP für Organisationen der Krankenpflege zu Hause um 32 Millionen Franken pro Jahr zu senken und sie für die Pflegeheime um 115 Millionen zu erhöhen. Das steht in eklatantem Widerspruch zu Ambulant vor Stationär. Zudem beruht er auf einer Methodik und auf statistischen Werten, die höchst fragwürdig sind. Welchen Zweck verfolgt das EDI mit dem Entscheid, der der Vernehmlassung mehrheitlich widerspricht?

19.5538 Munz. Warum stuft das BLV den Chlorothalonil-Metabolit R471811 als nicht relevant ein?

Die EU stuft den Abbaustoff R471811 von Chlorothalonil als relevant ein. Sie stützt sich dabei auf die EFSA (European Food Safety Authority), die den Stoff auch als relevant klassifiziert. Das BLV stuft den Stoff als nicht relevant ein. Normalerweise wird die Klassifizierung der EFSA übernommen.

- Warum übernimmt das BLV bei R471811 nicht die Beurteilung der EFSA?
- Warum hat das BLV andere Beurteilungsmassstäbe?

19.5549 Moser. Warum stuft der Bund das Pestizid Chlorothalonil respektive der Abbaustoff R471811 im Gegensatz zur EU als "nicht relevant" ein?

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. In der EU wird das Pestizid Chlorothalonil respektive der Abbaustoff R471811 als problematisch eingestuft. Der Bund hält die Stoffe hingegen für "nicht relevant", sie müssen deshalb gar nicht gemessen werden.

Wie begründet der Bundesrat diese unterschiedliche Einschätzung?

2. Bestreitet der Bund die Einschätzung der EU respektive der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, welche Chlorothalonil und die Abbaustoffe als krebserregend einstufen?

19.5539 Munz. Warum werden Wasserversorger und kantonale Vollzugsstellen ungenügend informiert und unterstützt?

Pestizidrückstände in Gewässern und im Trinkwasser treffen die Bevölkerung am Lebensnerv. Die kantonalen Vollzugsstellen werfen dem Bund vor, dass er ihnen nicht alle Informationen zu möglichen Abbauprodukten und deren Nachweis zur Verfügung stellt.

- Warum werden sie nicht rasch und umfassend genug unterstützt, obgleich sie das Monitoring des Grund- und Trinkwassers sicherstellen müssen?
- Welche Verbesserung könnten diesbezüglich ergriffen werden?

19.5553 Roduit. Analysen der Mikrobiota für eine bessere Gesundheit

Neue Forschungsergebnisse haben die Bedeutung der Mikroorganismen im Darm aufgezeigt, sowohl was ihre Zahl als auch was ihre Funktionenvielfalt für die Gesundheit betrifft. Studien zeigen, dass die Darmflora in Verbindung steht mit neurologischen Erkrankungen wie zum Beispiel Parkinson. Das Spektrum der klinischen Analysen wird heute durch Regelungen zur Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit begrenzt. Ist der Bundesrat bereit, die Anerkennung und die Übernahme solcher Analysen durch zugelassene Ärztinnen und Ärzte zu fördern?

19.5555 Fluri. Wie gross ist die Zahl der mit dem Chlorothalonil-Metaboliten R471811 verschmutzten Trinkwasserfassungen?

Die Sendung Kassensturz vom 17. September 2019 berichtete über den Metaboliten R471811 von Chlorothalonil, zu dem in der entsprechenden EU Verordnung vom 30. April 2019 steht: "Die Behörde äusserte erhebliche Bedenken im Zusammenhang mit der Kontamination des Grundwassers durch Metaboliten von Chlorothalonil." Schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit könnten nicht ausgeschlossen werden. Wie gross ist die Zahl der mit diesem Metaboliten verschmutzten Trinkwasserfassungen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

19.5518 Sommaruga Carlo. Spionage: Mailverkehr und Mobilfunk-Daten von Privatpersonen und NGO wurden auch in der Schweiz über die Schadsoftware Pegasus ausspioniert: Was tut der Bundesrat?

Citizen Lab, ein interdisziplinäres Labor an der University of Toronto, spezialisiert auf die digitalen Bedrohungen für die Zivilgesellschaft, berichtet von einer breiten Nutzung der Schadsoftware Pegasus - eine Spyware des Unternehmens NSO Group - durch Regierungen und Privatpersonen, um den Mailverkehr und Mobilfunk-Daten von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten zu überwachen.

- Hat der Bundesrat Kenntnis von dieser Spionagemethode?
- Was unternimmt er dagegen?

19.5530 Ruppen. Ausbau der Militäranlagen auf dem Simplon. Kann das Projekt optimiert werden?

Die Mehrheit der Bevölkerung der Simplonregion steht hinter den Ausbauplänen des VBS und will mit der Armee in die Zukunft gehen. Aber es gibt von verschiedenen Seiten auch Kritikpunkte und Einsprachen gegen das Projekt. Ist das VBS bereit, zu prüfen, ob hier Optimierungen am Projekt vorgenommen werden können bzw. ob allfälliges Verbesserungspotential vorhanden ist (evtl. nur Abschussrampe statt Rundkurs bei der Panzerpiste; Verlegung des Betriebsgebäudes in Kaverne im Südwesten; etc.)?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**19.5478 Grin. AP22+ - Stopp den administrativen Auswüchsen!**

Über die Jahre stieg mit jeder neuen Agrarpolitik die administrative Komplexität. Diese administrativen Auswüchse sind unproduktiv. Sie kosten sowohl Kantone als auch Landwirtschaftsbetriebe Zeit und Geld. Es ist an der Zeit, dass der Bundesrat diesen Trend umkehrt.

- Sind für die Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) administrative Erleichterungen vorgesehen?
- Wenn ja, welche?

19.5486 Heim. Freihandelsabkommen mit Indien - Eine Chance die Verbreitung von Supererregern einzudämmen?

Seit 2008 verhandelt die Schweiz mit Indien über ein Freihandelsabkommen. Indien ist ein Antibiotika-Produzent für die Pharmaindustrie. Die Abwässer der Anlagen werden wie das Beispiel Hyderabad zeigt, kaum gereinigt. Das führt zu multiresistenten Supererregern, die sich in Indien und weltweit ausbreiten. Daher will der Bundesrat (s. Antwort Ip. 17.3792), auf internationaler Ebene für Lösungsansätze dieses Problems einsetzen.

- Welche Lösungsansätze prüft der Bundesrat?
- Wie ist der Stand der Gespräche mit der indischen Delegation?
- Wie ist der Stand der Gespräche mit unserer dort produzierenden Pharmaindustrie?
- Welche Lösungsansätze werden diskutiert?
- Welche Massnahmen sind geplant?

19.5487 Heim. Mercosur. Einsatz von Antibiotika nach internationalen Standards minimieren!

Die Efta- und Mercosur-Staaten haben die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FHA) im August abgeschlossen. In der Beantwortung der Interpellation 18.3988 bekräftigt der Bundesrat, im Rahmen der FHA die Problematik des übermässigen Antibiotika-Einsatzes in diesen Ländern anzugehen. Er will sich an der Ausarbeitung internationalen Standards zu AMR, die den Handel mit Tieren oder Lebensmitteln einschränken, beteiligen.

- Was steht nun diesbezüglich konkret im Mercosur-Abkommen?
 - Auf welche konkreten Massnahmen konnte man sich einigen?
- Was sieht der Bundesrat seinerseits vor?

19.5490 Gutjahr. Werden die Fördergelder an die Akademien der Wissenschaften Schweiz zielgerichtet eingesetzt?

Um den MINT-Bereich zu fördern, hat der Bund für den Akademienverbund in den Jahren 2017-2020 95 Millionen Franken budgetiert.

1. Wie wird sichergestellt, dass die Gelder hauptsächlich für die Nachwuchsförderung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eingesetzt werden?
2. Welche Projekte wurden mit welchem Betrag bis dato berücksichtigt?
3. Wie werden Bildungsinstitute auf die Fördermöglichkeiten aufmerksam gemacht?
4. Können weitere Projektanträge eingereicht werden?

19.5492 Schneider-Schneiter. Wird der Bundesrat in Japan nicht gehört?

Im Dezember 2017 hat die parlamentarische Gruppe Schweiz-Japan gefordert, dass sich der Bundesrat für ein Update des Freihandelsabkommens mit Japan einsetzt. Seither reisten die Bundesräte Berset, Maurer und Parmelin nach Tokio. Am 2. September 2019 teilte Staatssekretärin Ineichen-Fleisch mit, dass die japanische Seite bis heute keine positive Antwort auf die Schweizer Vorschläge zur Modernisierung des FTEPA gegeben hat.

- Waren die Reisen vergebens?
- Wann trifft sich das zuständige Joint Committee das nächste Mal?

19.5521 von Siebenthal. Nachfrage nach Kalbsfleisch wirft Fragen auf

Die zögernde Nachfrage bei Kalbsfleischproduzenten seit Monaten, folglich auch die negative Preisentwicklung wirft Fragen auf.

- Werden Importe getätigt die nicht offiziell bekannt sind?
- Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu tätigen, damit die bäuerliche Kalbermast noch eine Zukunft hat?

19.5524 Moser. Sofortmassnahmen gegen Pestizide im Trinkwasser

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gemäss einer Studie der Kantonschemiker tranken 169 068 Schweizerinnen und Schweizer Trinkwasser, dass die lebensmittelrechtlichen Anforderungen nicht erfüllt. Welche Sofortmassnahmen ergreift der Bundesrat dagegen?
2. Bis wann werden die vom Bundesrat Parmelin angekündigten Verbote der risikoreichsten Pestizide umgesetzt?
3. Welche raschen Änderungen am landwirtschaftlichen Direktzahlungssystem plant der Bundesrat, um dies künftig zu verhindern?

19.5527 Fridez. Warum lassen wir uns nicht von der deutschen Regierung inspirieren, die die Regelung für Waffenexporte verschärft?

Vor Kurzem hat Deutschland seine Regelung für Exporte von Waffen und anderen Rüstungsgütern geändert: Die Lieferung von Kleinwaffen wird neu nur noch an Mitgliedstaaten der Nato oder der Europäischen Union möglich sein. Das sind Länder, die den klaren Kriterien der Einhaltung der Grundrechte nachkommen. Zudem wird Deutschland seine Kontrollen über den Transfer von Technologien zur Waffenherstellung ins Ausland verstärken.

Könnte die Schweiz sich nicht von diesen klugen Entscheidungen inspirieren lassen?

19.5529 Schneider Schüttel. Pestizide. Verschärfung der Anforderungen

In der Antwort auf die Interpellation 19.3496 schreibt der Bundesrat, es hätten Verschärfungen der Anforderungen an die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vollzogen werden können, um das Risiko ihres Eintrages in Gewässer zu verringern.

- Um was für Verschärfungen handelt es sich konkret?
- Wie gross ist die damit verbundene Risikoreduktion?

19.5537 Munz. Vorsorgliche Sistierung von Verkauf und Ausbringung von Chlorothalonil, zum Schutz der Bevölkerung?

Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 19.5388, dass im Verfahren zur Rücknahme von Chlorothalonil-Produkten neue Informationen von Herstellern geprüft werden. Konzerne können so aufschiebende Wirkung auf das Verbot von Verkauf und Ausbringung erwirken. Zudem werden Gerichtsverfahren mit verzögernder Wirkung angestrebt. Müsste der Bundesrat nicht das Vorsorgeprinzip anwenden und eine Sistierung von Verkauf und Ausbringung verfügen, im Sinne eines Gesundheitsschutzes der Bevölkerung?

19.5540 Cattaneo. Bürokratiemonitor. Wo stehen wir?

Im April 2019 wurde die dritte Auflage des "Bürokratiemonitors" publiziert. Die Ergebnisse zeigen, dass zwei Drittel der befragten Unternehmen die administrative Belastung nach wie vor als hoch oder eher hoch wahrnehmen.

1. Was ist das Ziel dieser Befragung?
2. Welche Massnahmen wird der Bundesrat auf der Grundlage dieser Ergebnisse treffen, um die administrative Belastung der Unternehmen endlich zu senken?
3. Ist vorgesehen, dieses Instrument auch künftig zu nutzen?

19.5546 Guhl. Durchlaufen Metaboliten exakt denselben Zulassungsprozess, wie die Wirkstoffe, aus denen sie entstehen?

Wenn ein Wirkstoff, von dem bekannt ist, dass er über die Zeit in verschiedene Metaboliten zerfällt, das Zulassungsverfahren für Pestizide durchläuft:

- Werden seine Metaboliten einem identischen Zulassungsprozess mit exakt denselben Anforderungen unterzogen, wie der Wirkstoff selber?
- Wenn nein, aus welchen Gründen?

19.5550 Markwalder. EU-Marktzugang für die MedTech-Branche sichern

Die Medizinaltechnikbranche ist stark exportabhängig und die damit verbundenen 59 000 Arbeitsplätze sind für die Schweiz von grosser Bedeutung (16 Milliarden Umsatz, 11 Milliarden aus dem Exportgeschäft, 1400 Zulieferer und Hersteller). Die Sicherung des Marktzuganges ist damit von grösster Wichtigkeit.

Wie will der Bundesrat diesen Marktzugang trotz Differenzen mit der EU sicherstellen?

19.5554 Hadorn. AKW-Ausstieg/Flop-Reaktor ASTRID. Scheitern ist Grundlage für Beitragsreduktion an Euratom

Nach dem Scheitern des französischen Forschungs-Reaktors ASTRID, Nachfolgeprojekt des ebenfalls gescheiterten Schnellbrüters Superphenix, entfällt ein wesentlicher Grund für die direkt und indirekt gesprochenen Bundesgelder (allenfalls via PSI, ETH) an das Euratom-Forschungsprojekt ESFR-SMART, zumindest was den entsprechenden Projektteil betrifft.

Aus welchen Budgetposten und in welcher Höhe waren öffentliche Gelder für dieses Projekt eingestellt, deren Grund und Berechtigung nun wegfallen?

19.5559 Gugger. Welche Problemsubstanzen könnten uns in Zukunft noch überraschen?

Die Risiken von Chlorothalonil für Mensch und Umwelt wurden jahrzehntelang unterschätzt, seine Metaboliten im Grundwasser nicht überwacht. Mit diesem Vorgehen hat der Bund das Vorsorgeprinzip nicht nur verletzt, sondern schlicht ignoriert.

- Wie viele Stoffe, die aufgrund von zugelassenen Wirkstoffen in Gewässern, im Boden bzw. im Grund- und Trinkwasser auftreten können, werden aktuell in der Schweiz gemessen?
- Wie viele Stoffe werden heute als "nicht relevant" ignoriert?
- Was tut der Bundesrat?

Justiz- und Polizeidepartement**19.5483 Steinemann. Härtefälle ausserhalb des Asylbereichs**

Die vom Bund bestellte Studie betreffend Sozialhilfe von Drittstaatsausländern befördert auf Seite 30 zu Tage, dass Härtefälle nach ihrer Legalisierung überdurchschnittlich oft Sozialhilfe beanspruchen würden. Offiziellen Angaben zufolge leben Sans-Papiers in illegalen Arbeitsverhältnissen und werden zu Beitragszahlern.

- Wie viele haben einen Härtefall erhalten und in den folgenden zwei Jahren Fürsorge bezogen?
- Wie viele fünf Jahre nach ihrer Regularisierung?
- Wie viele 10 bzw. 20 Jahre danach?

19.5485 Steinemann. Gesicherte Identitäten der eritreischen Migranten II

In 19.5398 wird ausgeführt, dass die Asylsuchenden ihre Reisepapiere und Identitätsausweise abzugeben hätten.

Betrifft Asylantragsteller:

- Wie viele Eritreer haben solche Papiere abgegeben?
- Bei wie vielen Asylantragstellern ist die Identität gesichert?
- Wie viele haben Alter und Namen bloss glaubhaft gemacht?

Familiennachzug:

- Wie viele Eritreer haben solche Papiere abgegeben?
- Bei wie vielen Familiennachzüglern ist die Identität gesichert?
- Wie viele haben Alter und Namen bloss glaubhaft gemacht?

19.5494 Steinemann. Überforderter Staat mit abgewiesenen Asylbewerbern

Ein Marokkaner macht Schlagzeilen. Der Blick schreibt unter dem Titel "Behörden geben Opfern Mitschuld": "Die Schweiz hat ein massives Problem im Umgang mit kriminellen, abgewiesenen Asylbewerbern..."

Kann der Bundesrat die Aussage des "Blick" quantifizieren:

- Wie viele Abgewiesene kann die Schweiz nicht ausweisen?
- Wie viele Abgewiesene sind kriminell?
- Wie viele können nicht identifiziert werden/haben keine Papiere?
- Ist Administrativhaft für chronisch Kriminelle nicht möglich wegen der EMRK?

19.5497 Aeschi Thomas. Begleitung von schwierigen Vollzugsfällen durch das SEM

Bei Zwangsausschaffungen wird am Tag der Abreise das SEM am Flughafen sein (Luzerner Zeitung, 10.09.2019). Gemäss dem SEM gelang es, vermehrt Personen nach Algerien zurückzuführen, bei denen zuvor Versuche gescheitert waren.

- Was macht das SEM konkret zusätzlich, das die kantonalen Vollzugsbehörden nicht auch tun können?
- Gibt es Statistiken, wie viele Fälle dank dieser Methode erfolgreich waren?
- Hat der Bundesrat ein Ziel, wie viele algerische Vollzugsfälle bis wann abgebaut werden?

19.5498 Aeschi Thomas. Migration. Zusätzliche Verbindungsoffiziere

Der Bund zählt heute sieben Verbindungspersonen für Migration. Zwei bis drei weitere Verbindungspersonen will das SEM an noch nicht definierten Orten installieren, wie z.B. in Afghanistan oder im Irak.

- Können die EDA-Mitarbeiter diese Migrationsaufgaben nicht selbst erledigen?
- Weshalb nicht?
- Hat das SEM eine Bewertung des Einsatzes dieser Verbindungspersonen im Vollzugsbereich vorgenommen?
- Wenn ja, was haben sie konkret gebracht?
- Wird Eritrea als möglicher Einsatzort nicht in Betracht gezogen?

19.5504 Grossen Jürg. Welche Möglichkeiten haben die Kantone um Lehrabbrüche bei negativen Asylentscheiden zu verhindern?

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Bei einem negativen Asylentscheid muss die betroffene Person eine angefangene Lehre meist abbrechen.

Ist es richtig, dass gemäss Artikel 14 AsylG respektive Artikel 30a VZAE Ausnahmen möglich sind?

2. Muss der Anstoss für eine solche Ausnahme vom betroffenen Kanton oder vom Bund ausgehen?

3. Wie oft hat der Kanton Bern in den vergangenen 5 Jahren eine solche Ausnahme beantragt?

4. Gibt es weitere Möglichkeiten für eine solche Ausnahme?

19.5509 Marti Samira. Engagement der Schweiz für die Einhaltung des Grenzkodex?

Nicht nur für Kroatien, sondern auch für das Schengen-Mitglied Slowenien ist umfangreich dokumentiert, dass die Behörden den Zugang zum Asylverfahren systematisch verweigern und Asylsuchende illegal, ohne Prüfung des Einzelfalls, abschieben (siehe z.B. www.borderviolence.eu; Berichte von Amnesty International und der slowenischen NGO InfoKolpa).

In welcher Form setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass die Vorgaben des Grenzkodex von bestehenden Schengen-Mitgliedsstaaten eingehalten werden?

19.5514 Meyer Mattea. Aufnahme von Kroatien in den Schengen-Raum nur bei Einhaltung des Grenzkodex?

- Ist der Bundesrat gewillt, seine Möglichkeiten auszuschöpfen, damit Kroatien nur dann in den Schengen-Raum aufgenommen wird, wenn gewährleistet ist, dass es den Grenzkodex vollumfänglich einhält und asyl- und grundrechtliche Prinzipien respektiert?

- Wenn nein, weshalb nicht?

- Wenn ja, welche Einflussmöglichkeiten hat der Bundesrat dazu?

19.5510 Marti Samira. Push-Back von Kroatien. Welche Konsequenzen zieht das SEM aus Urteilen des BVGer?

Das BVGer kommt in zwei Urteilen (E-3078/2019; F-4030/2019) zum Schluss, dass sich das SEM im Rahmen zweier Asylgesuche nicht ausreichend mit der aktuellen Situation in Kroatien auseinandergesetzt hat. Das SEM ist nun verpflichtet, zu überprüfen, ob in Kroatien für Asylsuchende generell die Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung bestehe.

Welche Konsequenzen zieht das SEM aus diesen Gerichtsurteilen in Hinblick auf zukünftige und hängige Wegweisungsverfahren nach Kroatien?

19.5516 Meyer Mattea. Push-Back von Kroatien: Wie verbessert das SEM seine Lagebeurteilung?

Das BVGer hat im August zum zweiten Mal eine Dublin-Rückführung nach Kroatien abgelehnt und u.a. damit begründet, dass das SEM zu wenig auf die zahlreichen Berichte zu illegalen Push-Backs eingegangen ist.

- Wie kam das SEM zum Schluss, dass in Kroatien trotz zahlreichen anderslautenden Dokumentationen der Zugang zum Asylverfahren gewährleistet sei und keine Existenzgefährdung vorliegen könnte?

- Was unternimmt das SEM, um die menschenrechtliche Lage vor Ort besser beurteilen zu können?

19.5511 Marti Samira. Vorsitz am OECD Ministerial Meeting on Migration and Integration. Werden Push-Backs von Kroatien zum Thema?

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat kürzlich darüber informiert, dass sie im Januar 2020 den Vorsitz am "OECD Ministerial Meeting on Migration and Integration" in Paris innehaben wird.

In Anbetracht der Dringlichkeit der Situation, inwiefern wird die Bundesrätin am OECD Meeting die Menschenrechtsverletzungen an den kroatischen Grenzen thematisieren?

19.5515 Meyer Mattea. Vorsitz am "OECD Ministerial Meeting on Migration and Integration": Wird die Wiedereinführung des Botschaftsasyls diskutiert?

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat kürzlich darüber informiert, dass sie im Januar 2020 den Vorsitz am "OECD Ministerial Meeting on Migration and Integration" in Paris innehaben wird.

Ist die Bundesrätin dazu bereit, sich im Rahmen dieses Meetings für die Wiedereinführung des Botschaftsasyls stark zu machen, das insbesondere für besonders verletzte Personen wichtig ist?

19.5512 Steinemann. Vorfälle in den Bundesasylzentren und der Sicherheitsaufwand

Der Bund gibt immer höhere Beträge für private Sicherheitsfirmen in den Bundesasylzentren aus und begründet dies mit der Umstrukturierung des Asylwesens.

1. Wie viele Polizeieinsätze sind in den Jahren 2014 bis heute jeweils in den Asylzentren des Bundes notwendig geworden?

2. Wie hat sich in diesen Jahren der Aufwand des Bundes für die Sicherheit in den Asylzentren im Vergleich zur Zahl der untergebrachten Asylbewerber entwickelt?

19.5513 Steinemann. Warum erhielt der Mörder vom Frankfurter Bahnhof in der Schweiz Asyl?

Ende Juli hat ein in der Schweiz lebender Eritreer am Bahnhof Frankfurt ein Kind durch einen Stoss vor den einfahrenden Zug getötet. Er sei hier als Flüchtling anerkannt worden, entnimmt man den Medien.

Welche Gründe haben zu seiner Flüchtlingseigenschaft geführt?

19.5536 Aeschi Thomas. Absichtlich verzögerte Dublin-Übernahmegesuche

- Wie viele Dublin-Übernahmegesuche wurden von den angefragten Staaten in den letzten 12 Monaten nicht fristgerecht beantwortet, sodass die Schweiz abschliessend zuständig wurde?

- Um welche Dublin-Staaten handelt es sich dabei?

19.5548 Glarner. Die Schweiz - ein Paradies für Illegale?

- Wie oft kam es in den vergangenen 12 Monaten vor, dass andere Dublin-Staaten einen mehrmonatigen illegalen Aufenthalt in der Schweiz nachweisen konnten, womit die Schweiz zuständig wurde?

- Von wie vielen Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, geht der Bundesrat aus?

19.5558 Bühler. Härtefallregelung für Lehrlinge, die sich weigern, die Schweiz zu verlassen

In einem Artikel im "Bund" vom 27. August nimmt das Staatssekretariat für Migration wie folgt Stellung: "Die Bundesgesetze stellen ausreichend Rechtsgrundlage dar, um in Einzelfällen Asylsuchende, die sich in einer Lehre befinden, als Härtefall anzuerkennen".

- Welches sind hier die gesetzlichen Grundlagen?

- Wie viele Härtefälle wurden 2018 und 2019 vom SEM anerkannt, obwohl sie die Möglichkeit hatten, die Schweiz freiwillig zu verlassen?

- Wird eine Verweigerung der Wegweisung mit einer Aufenthaltsbewilligung belohnt?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

19.5488 Büchel Roland. Programmbeiträge an Schweizer NGOs - Reform notwendig?

Die Deza alimentiert Schweizer NGOs jährlich mit einem dreistelligen Millionenbetrag, den sogenannten "Programmbeiträgen". Die Vergabep Praxis wird derzeit reformiert.

- Weshalb war diese Reform notwendig?

- War die bisher angewandte Praxis der Vergabe von Programmbeiträgen durch die Deza immer unproblematisch und mit dem Subventionsgesetz vereinbar?

- Falls nicht, wo lagen die Probleme?

19.5493 Friedl. Ernennung eines neuen Armeechefs in Sri Lanka mit Aufarbeitung der Kriegsverbrechen vereinbar?

Sri Lanka hat den Kriegsverbrecher Shavendra Silva zum neuen Armeechef ernannt.

- Hat der Bundesrat diese Frage gegenüber der Regierung von Sri Lanka angesprochen oder wurde sie im Menschenrechtsdialog erwähnt?

- Was unternimmt die Schweiz, damit die Kriegsverbrechen in Sri Lanka umfassend aufgearbeitet werden, wie das auch die Uno mehrfach vorgeschlagen hat?

19.5503 Molina. Zusammenarbeit des Bundesrats mit der neuen EU-Kommission

Sieben Schweizer Bundesräte zählen in Brüssel 27 Ansprechpartner innerhalb der EU-Kommission, wobei 19 der 27 für die neue Amtsperiode vorgeschlagenen Kommissarinnen und Kommissare neu in das Gremium eintreten werden.

- Gedenkt der Bundesrat eine koordinierte Kontaktaufnahme zu den neuen Kommissionsmitgliedern sicherzustellen sobald diese in ihrem Amt bestätigt worden sind?
- Wie stellt er eine kohärente Interessenwahrung sicher?

19.5505 Schneider-Schneiter. Erstes Treffen des Bundesrates mit Frau von der Leyen

Mitte Juli ist die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vom Europäischen Parlament zur neuen EU-Kommissions-Präsidentin gewählt worden; vergangene Woche hat die designierte Kommissionschefin ihr neues Team vorgestellt. Wann wird der Bundesrat Frau von der Leyen zu einem ersten Treffen einladen bzw. um ein erstes Treffen ersuchen?

19.5517 von Siebenthal. Finanzierung der UNRWA - aussenpolitische Strategie 2020-2023

Gemäss Antwort des Bundesrates auf die Frage 19.5383 sollen die Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit mutmasslichen Fehlverhalten des UNRWA-Managements Ende Oktober 2019 vorgelegt werden.

Ist der Bundesrat bereit

- die politische Diskussion über die Tätigkeit und Ausrichtung der UNRWA mit Blick auf die aussenpolitische Strategie 2020 - 2023 zu forcieren?
- den Entscheid über die Wiederaufnahme der Finanzierung der UNRWA (Jahresbeitrag und Projekte) bis nach der Strategie-Debatte aufzuschieben?

19.5519 Sommaruga Carlo. Kampf gegen Kriegsverbrechen: BA, EDA, Ehud Olmert - Wer sagt die Wahrheit?

Die israelischen Medien haben bestätigt, dass die Schweizerische Bundesanwaltschaft (BA) Ehud Olmert über die Risiken einer Untersuchung in der Schweiz informiert hat. In der Fragestunde von letzter Woche hat Bundesrat Ignazio Cassis bestätigt, dass es selbstverständlich Kontakt zwischen der Bundesanwaltschaft und den kantonalen und nationalen Amtsstellen und so auch mit den Vertretern der israelischen Botschaft in der Schweiz gegeben habe. Die Bundesanwaltschaft lässt aber via die Aufsichtsbehörde verlauten, dass sie diese Darstellung der Fakten bestreite.

Wer sagt die Wahrheit?

19.5520 Sommaruga Carlo. Ziele für nachhaltige Entwicklung: Reflexion über die gute Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung. Und die Schweiz?

Kolumbien und Rumänien organisieren in Zusammenarbeit mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Entwicklungsagentur der UNO (UNDP) eine hochrangige Veranstaltung zur guten Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung. Diese findet am Rande der UNO-Generalversammlung statt und versammelt die Mitgliedstaaten, die Zivilbevölkerung, den Privatsektor und die Medien, die am Gipfel für nachhaltige Entwicklung teilnehmen.

- Warum hat die Schweiz keine führende Rolle bei dieser Veranstaltung, obwohl sie ihre Entwicklungszusammenarbeit auf die gute Regierungsführung ausrichtet und sie die Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen will?
- Wird die Schweiz aktiv an dieser Veranstaltung teilnehmen?

19.5534 Moser. Die neue EU-Kommission als Chance für das Rahmenabkommen

Laut der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll das Dossier Schweiz weiterhin grosse Bedeutung haben. Sie hat wörtlich gesagt, dass sie auf den Verhandlungen der Juncker-Kommission aufbauen wolle.

1. Welche Schritte unternimmt der Bundesrat, um mit der neuen EU-Kommission auf den bisherigen Verhandlungen aufzubauen, deren Ergebnisse der Bundesrat am 7. Juni 2019 als insgesamt positiv eingeschätzt hat?
2. Wie sieht der weitere Zeitplan des Bundesrates dazu aus?

19.5541 Fehlmann Rielle. Sponsoring von Schweizer Botschaften durch multinationale Tabakkonzerne und andere Privatunternehmen

Im Zusammenhang mit dem Fall des Schweizer Pavillons in Dubai, bei dem um ein Haar Philip Morris als Hauptsponsor aufgetreten wäre, wurde bekannt, dass auch Botschaften, wie etwa die Schweizer Botschaft in Russland bei ihrer Renovation, von privaten Unternehmen unterstützt wurden, darunter ein Tabakkonzern.

Denkt der Bundesrat,

- dass diese Art von Sponsoring ein gutes Bild von der Schweiz vermittelt?
- dass die Schweiz als wohlhabendes Land seine Botschaften nicht selber finanzieren kann?

19.5542 Guhl. Syrien. Aktuelle Situation der aus Afrin Vertriebenen

Bei der überfallsmässigen Invasion der Türkei in die Region Afrin in Syrien Anfang 2018 wurden gemäss Antwort des Bundesrates auf die Interpellation 19.3208 150 000 Menschen vertrieben.

- Wie ist die aktuelle Situation dieser Menschen?
- Hat sich in der Zwischenzeit etwas verbessert?
- Was hat die Schweiz für diese Menschen konkret unternommen?
- Wie gross schätzt der Bundesrat die Chance ein, dass diese Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren können?

19.5543 Guhl. Beurteilung der Situation in Syrien, Afrin

In der Region Afrin in Syrien verüben gemäss Uno Menschenrechtsrat die von der Türkei ausgestatteten islamistischen Milizen Gräueltaten. Zudem ist die Türkei daran eine Mauer zu bauen, welche Afrin von Syrien abtrennt. In den Häusern, aus welche Kurden vertrieben wurden, werden Islamisten angesiedelt. Die Vorkommnisse lassen vermuten, dass die türkische Besatzung der Region Afrin nicht von kurzer Dauer sein dürfte. Wie ist aus völkerrechtlicher Sicht die Situation in Afrin zu beurteilen?

19.5544 Guhl. Droht in Syrien bei Rojava und Manbidsch eine neue Vertreibung von Menschen durch die Türkei?

Der türkische Präsident Erdogan hat mehrfach angedroht, in Syrien die Stadt Manbidsch sowie die Region Rojava zu besetzen. Dies weil die Türkei angeblich von den Menschen dort bedroht werde - eine Anschuldigung, die an den Haaren herbeigezogen ist. Mit der Ankündigung einer Sicherheitszone entlang der Grenze zwischen Syrien und der Türkei äusserte Präsident Erdogan an, eine Million syrische Flüchtlinge dort anzusiedeln. Droht in Rojava eine neue Vertreibung von Kurden durch die Türkei?

Finanzdepartement**19.5473 Ammann. Wo liegt das Problem bei der Gemeinschaftszollanlage Kriessern (CH) und Mäder (A)?**

Eigentlich hätte die Inbetriebnahme der grenzüberschreitenden Gemeinschaftszollanlage zusammen mit der sanierten Rheinbrücke bei Verkehrsfreigabe eine grosse Blockade im Grenzverkehr gelöst. Es ist nicht nachvollziehbar, dass dieses länderübergreifende Zollprojekt im Schneckentempo daher tümpelt.

- Seit wie viel Jahren existiert ein Projekt für eine Gemeinschaftszollanlage in Kriessern/Mäder auf österreichischem Boden?
- Wieso kann das Projekt nicht zur Baureife und Realisierung geführt werden?

19.5479 Romano. Grenzkontrollen aus der Luft: Zahlt die Bevölkerung in der Grenzregion für die Ineffizienz in Bern?

Den Medien war zu entnehmen, dass die Militärdrohnen des Typs ADS 95 per Ende November altershalber ausgemustert werden. Diese Drohnen unterstützen das Grenzwachkorps seit Jahren bei der Grenzkontrolle (Migration und Kriminalität). Das viel leisere neue Modell Hermes 900 hat man zwar vor vier Jahren bestellt, es wurde jedoch noch nicht geliefert.

- Wie kommt es zu dieser grossen Verspätung?
- Wie wird der Betrieb ab nächstem Herbst sichergestellt?
- Wird die betroffene Bevölkerung nächtlichen Helikopterfluglärm zu ertragen haben?
- Gibt es Alternativen?

19.5491 Wermuth. Weiterentwicklung EZV: Einführung militärischer Grade als Vorstufe zur Integration ins VBS?

Die GL EZV hat entschieden, militärische Grade einzuführen. Muss dieser Entscheid als eine Art Vorstufe hin zur Integration der EZV in das Departement VBS verstanden werden?

19.5496 Gysi. Eidgenössische Zollverwaltung EZV - Totalumbau ohne genügenden Einbezug der Interessen des Personals

Die EZV befindet sich in einem totalen Umbau hin zu einem neuen Departement und hat ihre Strukturen der obersten Führungsetage, der Geschäftsleitung, angepasst. Bis anhin war auch der Personalchef in der GL.

- Wie rechtfertigt der Bundesrat diesen Schritt?
- Der Transformationsprozess wurde von oben angestossen und bringt für das Personal gravierende Veränderungen.
- Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass die Stimme des Personals bei GL-Entscheiden mitberücksichtigt werden zum Gelingen des Umbaus muss?

19.5500 Schneider Schüttel. Dem Grundsatz "Leave no one behind" in den Budgets Rechnung tragen

Mit der Agenda 2030 und ihrem Kernprinzip "Leave no one behind" hat sich auch die Schweiz dazu verpflichtet, diejenigen Menschen, die am weitesten zurückliegen, zuerst zu erreichen (u.a. Menschen mit Behinderungen, Frauen, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen).

- Hat der Bundesrat sichergestellt, dass das Budget 2020 im Einklang mit der Uno-Behindertenrechtskonvention steht bzw. verwendet wird und nicht etwa neue Barrieren erschaffen und bestehende Barrieren erhalten bleiben?
- Wenn ja, inwiefern?

19.5557 Vitali. Personalboom beim Bund

Erstmals überschreitet das Personalbudget für das kommende Jahr die magische 6-Milliarden-Marke. Ein Grund dafür ist u.a. das anhaltende Wachstum des Personals um weitere 267 Personen. Das sind Woche für Woche mehr als fünf neue Bundesangestellte, was zu einem Allzeit-Rekord von 37 631 Vollzeitstellen führt.

Wie will der Bundesrat gegen diese automatische Verwaltungsausweitung vorgehen?